

Tagesordnungspunkt 11

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Mitte am 06. März 2008

Hilfestellung für Leistungsempfänger

Antrag der Fraktion Linke Liste:

Seit Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches II (SGB II), das die Grundsicherung für Arbeitssuchende regelt (Empfänger des Arbeitslosengeldes II), begleitet der Ortsbeirat Wiesbaden Mitte die Umsetzung.

Hauptaugenmerk der Mitglieder im Ortsbeirat liegt dabei bei der durch die Verwaltung erarbeiteten Richtlinie über die Angemessenheitsgrenzen zu den Kosten für Unterkunft und Heizung, die nach dem SGB II berücksichtigt werden können.

Der Ortsbeirat bietet alle sechs (6) Wochen eine Sprechstunde im Rathaus, Schlossplatz 6, an, wobei die Raumnutzung noch abgefragt werden muss. Hier können Leistungsempfänger, die Probleme haben und sich selbst nicht in der Lage sehen, ihre Anliegen eigenständig mit den zuständigen Mitarbeitern der kommAV zu klären, diese vorzutragen.

Es wird darauf hingewiesen, dass in der Sprechstunde nicht rechtlich beraten oder getroffene Entscheidungen der kommAV überprüft werden.

Begründung:

Seit Einführung von SGB II (Hartz IV) 2005 und die Optionskommune Wiesbaden durch Zustimmung der hier anwesenden Parteien (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), hat sich das soziale Verhalten, besonders in den sozialen Brennpunkten der Betroffenen, wie im Bergkirchenviertel, verändert.

Besondere Hilfe bedarf es unseren ausländischen Mitbewohnern mit Migrationshintergrund.

Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung:

Diese Thematik fällt nicht in den Kompetenzbereich des Ortsbeirates. Es wird deshalb der Antrag auf Nichtbefassung gestellt.

Beschluss Nr. 0029

Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

100230 z.d.A.

Presber
Stellv. Vorsitzender